



5. Brief, im Februar 2022

Privatisierung und soziale Austerität, oder Sozialisierung und Emanzipation öffentlicher Dienste und Infrastrukturen?

Liebe Freundinnen und Freunde der politischen Philosophie,

die Privatisierung des Öffentlichen, also die Unterwerfung sozialstaatlicher Institutionen, öffentlicher Infrastrukturen und sozialer Leistungen unter die Form und Finanzgewalt der neoliberal radikalisierten, global verdrahteten Verwertungs- oder Kapitalwirtschaft beschädigt inzwischen alles gesellschaftliche Leben. Die nötige Kritik und Gegenbewegungen rühren sich und intervenieren noch eher stichprobenartig und an jeweiligen Brennpunkten:

So gibt es Initiativen zur Enteignung von Wohnungskonzernen, zur Rekommunalisierung, für eine neue urbane Praxis oder auch Ansätze für gemeinnütziges Wirtschaften. Es heißt, Gesundheit sei keine Ware und die Situation von Pflegekräften oder die Zustände in privaten Heimen werden beklagt. Der Allgemeinheit dienliche Verkehrssysteme oder auch Medien und Internet sollten besser als Public Service betrieben werden. Nicht zuletzt wächst die Kritik an einer kapitalgebundenen Rente.

Ich möchte dem Ganzen jetzt genauer auf den Grund gehen und politische Konsequenzen ziehen. Dazu ist vor allem nötig, unzureichende historische Periodisierungen zu korrigieren. Ich knüpfe dazu an vorherige Briefe an, die die dreigliedrige Struktur und widersprüchliche Prozessualität des modernen „Sozialkapitalismus“ aufdeckten: Die fragliche Privatisierung oder Entstaatlichung betrifft einen Grundpfeiler oder Prozessknoten dieser sozioökonomischen Formierung.

Deren Konfiguration lässt erkennen, dass die öffentlichen „sozialwirtschaftlichen Dienste“ keine marktgängigen Waren erzeugen, sondern allgemein dienliche infrastrukturelle, zivilisatorische Grundlagen einer bestimmten Gesellschaft. So bilden sie eine im Grunde nicht kapitalistische „ökonomische Form“ und in ihrer Summe eine komplementäre Hauptabteilung der ökonomischen Reproduktion. Die industriekapitalistischen Produktionen können selbst nur in Verbindung mit oder auf dieser enormen Basis existieren.

Insofern täuscht die Vorstellung von „der Wirtschaft“ als mehr oder vielfach auch weniger soziale Markt- und Kapitalwirtschaft. In dieser vorherrschenden Perspektive zählt das Sozialwirtschaftliche vor allem als Verbrauch oder als lästige Gemeinkosten der Kapitalwirtschaft. Daher der finanziell immer knappe, austeritäre Sozialstaat, die Tendenz zur chronischen Vernachlässigung gesellschaftlicher Infrastrukturen. Entsprechende Tätigkeiten werden kurz gehalten, minder bezahlt und geschätzt als industrie- und exportwirtschaftliche Arbeit, oder aber vereinnahmt beziehungsweise privatisiert.

Jedoch generiert die investiv hoch gerüstete sozialwirtschaftliche Arbeit und Produktion gesellschaftlich gesehen ebenso Werte. Der tarifliche und politische Kampf sollte daher auch einer im Verhältnis zum gesellschaftlichen Durchschnittslohn völlig paritätischen Bezahlung gelten, ob es sich etwa um öffentliche Verwaltung oder Betriebe mit öffentlichem Charakter oder um Bildungs-, Sozial-, Pflege- und Kulturarbeit handelt.

Aber mehr noch: Es geht hier nicht nur um „soziale Absicherung“, Grundversorgung und Grundausrüstung, sondern um die Kernsubstanz und Fortentwicklung des existenziellen und zivilisatorischen Niveaus, die sich nicht an „Einkommen“ bemisst. So ist das Sozialwirtschaft-

liche für eine eingebettete Existenz der Menschen und als allgemeine Grundlage für Wirtschaft und Wohlfahrt sogar wichtiger als die in vielerlei Hinsicht überflüssige und schädliche Waren- und Wachstumswirtschaft und des damit verkuppelten Konsumismus.

Aufs Ganze gesehen kann jeder spüren, dass die allgemeinen und von Haus aus gemeinsamen, gemeinnützigen Institutionen und Aufgaben - deren Vielseitigkeit und Umfang gewöhnlich nicht vor Augen steht und kaum ermessen wird - unter öffentliche Hoheit und demokratische Verantwortung gehören, betrieben mit gesamtgesellschaftlicher Voraussicht und Planung, mit aller nötigen Finanzierung seitens eines konsequent steuernden Rechts-, Sozial- und Nationalstaats. Es braucht auch passende Eigentumsformen, Arbeits- und Betriebsweisen.

So genügt eine gemeinwirtschaftliche Organisationsform, mitten im Feld der Konkurrenz, noch nicht zur Befreiung aus verwertungswirtschaftlicher Einklammerung und Zweckentfremdung. Die „sozialwirtschaftlichen Dienste“, so der politisch-ökonomische Fachbegriff, gehören zudem überwiegend aus steuerlichen Mitteln finanziert und allgemein zur Verfügung gestellt: Öffentliche Angebote und Leistungen als quasi andere Hälfte des Lohns, von Sozialleistungen oder auch der Rente.

Als „ökonomische Form“ ist das Sozialwirtschaftliche, wie „Ware“ oder „Kapital“, allein empirisch nicht zu fassen. Entsprechend können auch industriewirtschaftliche Produktionen und Leistungen ohne Verwertungs- und Wachstumszwang instituiert werden, also anders als ein „grüner Kapitalismus“. Dies nicht etwa nur bei „kritischen“ oder „strategischen“ Infrastrukturen, sondern vor allem der gesellschaftlichen Gesamtentwicklung und Emanzipation wegen und zur Problembewältigung im Hinblick auf Klima, Pandemien, Umwelt und Katastrophen: Eine der Kapitalverwertung dienende Impfstoffproduktion ist selbst eine Krankheit.

So zeichnet sich der Weg zu einem reproduktiven Verbund und einem gemischten Wirtschaftssystem mit einer dadurch auch angeforderten, höher entwickelten demokratischen Praxis ab. Dabei bedienen die Dienste nicht den Weltmarkt, sondern besorgen die Ausstattung des konkreten, sozialräumlich bestimmten Gemeinwesens. So sind sie Teil innerer, auch regionaler und lokaler Kreisläufe und wichtig auf der kommunalen Ebene. Die relative Stärkung dieser fundamentalen politisch-ökonomischen Selbstbezüglichkeit verbessert die Ausgangsposition für die im weiteren nötige Deglobalisierung.

Diese Perspektive erfordert ein nachdrückliches soziales und politisches Ringen gegen die Privatisierungen und die neoliberale Entfremdung. Es geht dabei nicht nur darum, diverse Missstände zu mildern. Die innere Einheit dieser Auseinandersetzungen besteht vielmehr darin, dass es um die Emanzipation der sozialwirtschaftlichen Dienste als alternative ökonomische Form und fundamentale sozioökonomische Praxis geht und damit, auch von dieser Seite her, um eine grundlegende Veränderung der Sozial- und Systemverhältnisse.

Beste Grüße,
Horst Müller

<https://www.praxisphilosophie.de>
Kontakt und Abonnement:
dr.horst.mueller@t-online.de